Erste Ausgabe.

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Bezugs-Preis für Halle u. Glebichen stel. 2,50 ℳ, durch die Post bezogen 3 ℳ für das Vierteljahr. Die Hallische Zeitung erscheint wochentlich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 5 Uhr. Fernsprechverbindung mit Berlin u. Leipzig. Anschluß Nr. 158.

Anzeige-Gebühren für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf. sonst 18 Pf. Sämmtliche für die Hallische Zeitung aufgegebenen Anzeigen werden im „hallischen Inseratenblatt" unentgeltlich abgedruckt. Reclamen am Schluß des redactionellen Theils die Zeile 40 Pf.

Nummer 277. Halle, Freitag 25. November 1892. 184. Jahrgang.

Politische und vermischte Nachrichten.

* Der **Kaiser** verblieb seines fortdauernden leichten Erkältungszustandes halber auch gestern in seinem Arbeitszimmer und erledigte Regierungsangelegenheiten. Der geplante Jagdausflug nach Letzlingen ist verschoben worden.

* Der **Kaiser** trifft, wie „Der Confectionär" erfährt, am nächsten Montag Abend in Pleß ein und wird daselbst bis zum 30. d. M. verweilen.

* **Das Abgeordnetenhaus** wird voraussichtlich am nächsten Sonnabend mit den ersten Lesungen der Steuervorlagen fertig werden und sich alsdann, aus Mangel an genügendem Arbeitsstoff und um der Kommissionsberathung die Zeit frei zu lassen, bis über Neujahr vertagen. Die Frage, ob die Steuervorlagen in eine einzige oder in zwei Kommissionen (eine für Aufhebung der Staatssteuern und für die Vermögenssteuer, die andere für die Kommunalsteuer) zu überweisen sind, ist immer noch nicht entschieden.

* **In Altona** wurden am Mittwoch wieder neun Anarchisten verhaftet; die Zahl der insgesammt in Altona verhafteten Anarchisten beträgt 23.

* **Der landwirthschaftliche Verein Bromberg** sandte eine Eingabe an den Kaiser, die sich gegen Zollermäßigungen gegenüber Rußland ausspricht und eine Untersuchung über die wirthschaftliche Lage des Ostens erbittet.

* **Aus Hannover** wird uns geschrieben, daß der Landrath des Kreises Peine, Herr von Bennigsen, dem Vernehmen nach zum 1. April u. J. in den Reichsdienst übertreten und ihm voraussichtlich eine höhere Verwaltungsstelle in Ostafrika übertragen werden wird.

* Nach Privatberichten ist **das Befinden Wißmanns**, der sich auf dem Vormarsch von Chiromo zum Nyassasee befindet, unbefriedigend, wenn auch vorerst noch nicht bedenklich.

* **Anträge im Reichstag.** Die Anträge der Deutschfreisinnigen betreffend die Rechtspflege behandeln den Schadenersatz bei schuldlos überstandener Untersuchungshaft und für unschuldig erlittene Strafen, ferner die Einführung der Berufungsinstanz in Strafsachen, endlich Abänderung des Strafverfahrens in erster Instanz durch Ausdehnung der Befugnisse der Vertheidigung und Vermehrung der Rechtsmittel im Vorverfahren.

* **In der gestrigen Bundesrathssitzung** wurden die Gesetzentwürfe wegen Abänderung des Brausteuer-, Branntweinsteuer- und Reichsstempelabgabengesetzes, ferner der Gesetzentwurf über die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, sowie der Handelsvertrag mit Egypten den verschiedenen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

* **Der Fürst Reuß ältere Linie** ist in Begleitung seines persönlichen Adjutanten, Rittmeisters von Müller, aus Greiz in Berlin eingetroffen und hat im Hotel Kaiserhof Wohnung genommen. Der Kaiser hat dem Fürsten den Hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen.

* **Der Münchener Handelsverein** wird Freitag in einer Sitzung über die projektirte Börsensteuer berathen und über die im Interesse des Handels nöthig erscheinenden Schritte Beschluß fassen.

* **Eigener Drahtbericht.** Dem Reichstage ist ein Antrag des Abgeordneten Ackermann und Genossen zugegangen, den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzes zu ersuchen, durch welches die Erlaubniß zur selbstständigen Betreibung eines Handwerks von einem Befähigungsnachweis abhängig gemacht, den Konsumvereinen die Waarenabgabe an Nichtmitglieder unter Strafandrohung verboten wird, die Abzahlungsgeschäfte beschränkt, die Wanderauktionen verboten werden und der Hausirhandel eingeschränkt wird.

* **Eigener Drahtbericht.** Die Verhaftung des Sozialdemokraten Häckel-Sagan auf dem Berliner Parteitag erfolgte wegen Verdachtes des Meineides in einem Privatprozeß.

* **Eigener Drahtbericht.** Die Reichspartei konstituirte sich in ihrer gestrigen Fraktionssitzung und wählte zum Vorstand die Herren Graf Behr, v. Kardorff, Merbach, Frhr. v. Stumm, zum Schriftführer v. Hellmann. Die Fraktion entsendet in die Budgetkommission die Herren Graf Behr, v. Kendell; in die Geschäftsordnungskommission Frhr. v. Unruhe-Bomst; in die Wahlprüfungskommission v. Hellmann; in die Petitionskommission Grumbt und Dr. Horstel; in die Rechnungskommission Holtz.

* **Eigener Drahtbericht.** Aus Paris meldet man uns unter dem 24. November cr. Nachstehendes: Eine hiesige Zeitung wird morgen ein Interview mit dem Fürsten Bismarck über die Emser Depesche veröffentlichen.

* **Von unserer Marine.** Der Lloyddampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm" ist mit den Ablösungstransporten von S. M. Kbt. „Dyane", S. M. Fahrzeug „Nachtigal", Hulk „Cyclop" und für S. M. Kreuzer „Schwalbe" und „Möwe" am 24. d. Mts. in Dar-es-Salaam (Ostafrika) eingetroffen und tritt am 26. d. Mts. mit den abgelösten Besatzungen dieser Fahrzeuge — Transportführer: Korvettenkapitän v. Hassenstein — von dort die Heimreise nach Wilhelmshaven durch den Suez-Kanal an. — Das Kreuzergeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Leipzig", mit dem Geschwaderchef Konteradmiral v. Pawelsz an Bord, und „Alexandrine" ist am 24. November in Singapore angekommen.

---

* Wie wir schon mitgetheilt haben, ist in **der Branntweinsteuergesetz-Novelle** u. a. die Bestimmung getroffen, daß für die seit Erlaß des Gesetzes der Branntwein-Steuergemeinschaft neu hinzugetretenen Bundesstaaten die zum niedrigeren Abgabesatze herzustellende Gesammt-Jahresmenge Branntwein auf 2½ Liter für den Kopf der Bevölkerung festgestellt werden solle. Bisher ist dieselbe auf 5 Liter bemessen. Nach dem letzteren Satze würde für den Zeitraum 1893/96 das Kontingent für Bayern 167849, für Württemberg 61095 und für Baden 49620 hl betragen, während es sich nach dem Satze von 2½ Liter auf 149199 bezw. 54303 und 44106 hl stellen würde. Man wird jedoch nicht vergessen dürfen, daß das Contingent nur mit Zustimmung jedes der betreffenden Staaten abgeändert werden darf. Um den Regierungen Zeit zu gewähren, eine Verständigung herbeizuführen mit den Volksvertretungen herbeizuführen, ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen, welche sich auf die anderweitige Bemessung des Kontingents beziehen, in der Novelle bis zum 1. Oktober 1894 hinausgeschoben worden. Falls die Zustimmung von einem der betreffenden Staaten versagt würde, so würde es bei dem bisherigen Kontingentssatze des Branntweinsteuergesetzes auch fernerhin verbleiben.

* **Bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs über eine Erhöhung der Brausteuer** ist es, wie man hört, auch in Frage gekommen, ob die Erhöhung mit dem Uebergange zu einem anderen System der Bierbesteuerung zu verbinden sei. Frühere Gesetzesvorschläge haben sich, wie erinnerlich, in dieser Richtung bewegt in der Annahme, daß auf solche Weise die Möglichkeit eines Anschlusses der süddeutschen Staaten an die Brausteuergemeinschaft näher gerückt würde. Der Anregung hierzu ist indeß keine weitere Folge gegeben worden, da, so lange der Ertrag der Brausteuer in der Gemeinschaft hinter dem der süddeutschen Staaten verhältnißmäßig noch erheblich zurückbleibt, die Aussicht, diese für den Anschluß zu gewinnen, so fern liegt, daß es nicht für zweckmäßig erachtet werden konnte, aus diesem Grunde das System, das sich in Norddeutschland eingelebt und bewährt hat, durch ein neues zu ersetzen.

Umschau in den Tagesblättern.

(Zur Militärvorlage und zur Thronrede.)

Die „Kölnische Zeitung" bringt folgenden kräftigen Appell an den Patriotismus der deutschen Volksvertreter, betreffs der Militärforderungen:

„Will der deutsche Kaufmann, der deutsche Industrielle, der deutsche Handwerker ruhig ohne Kriegssorge seinen Geschäften nachgehen, so muß er nach Lage der Dinge eine hohe Versicherungsprämie zahlen. Es giebt nur ein einziges Mittel: Deutschland muß die Opfer — und seien sie noch so groß — bringen, um nicht nur ein gutes, sondern das beste Heer der Welt zu besitzen. Unsere maßgebenden Militärs sind der Ueberzeugung, daß das zur Zeit nicht der Fall ist; sie verwerfen die jetzige Einrichtung der Ersatzreserve, der Reservedivisionen, der Dispositionsurlauber; sie streben, wie zu Ende der fünfziger Jahre in Preußen, eine gründliche Reorganisation an, die einestheils der Gerechtigkeit an ihrem Recht dadurch verhelfen soll, daß nicht zahllose waffentüchtige Jünglinge im Kriegsfall grundlos zu Hause sitzen, während ihre Alliersgenossen die ersten entscheidenden und blutigen Schlachten schlagen, und die anderntheils die Wehrkraft erhöht, daß unsere Eltern, zum größten Theil verheirathete Jahrgänge, die berufenen Schützer des heimischen Herdes, die Stützen ihrer Familien, erst dann den Gefahren der Feldschlachten ausgesetzt werden, wenn der Ruf „Alle Mann an Bord" unvermeidlich wird."

Zum Schlusse des Artikels sagt sie:

„Das deutsche Volk ist friedlich durch und durch; es will den Krieg nur im äußersten Nothfall; aber dann will es ihn auch mit der Bürgschaft des Sieges geführt wissen, und die findet es in der Erhaltung des besten Heeres, in der Verschaffung der besten Kriegsmittel, in der Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht. Kein Theil Deutschlands darf den Schauplatz des nächsten Krieges abgeben, wir am Rhein wissen noch heute im Anblick unserer Ruinen uns klar zu machen, was es bedeuten würde, wenn Frankreichs Truppen unsere Grenze überschreiten würden. Wir am Rhein trauen den Worten unseres verdienten und bewährten kommandirenden Generals Freiherrn von Loë, wenn er sich für die Nothwendigkeit einer weiteren Heeresverstärkung ausspricht. Wir vertrauen aber auch der Einsicht und der ruhigen Ueberlegung der Mehrheit unserer Volksvertretung, daß sie den richtigen Weg finden wird, dem deutschen Heere diejenige Stärke und Wucht zu verleihen, deren es nach der Ansicht unserer berufenen Führer bedarf, und gleichzeitig die dem deutschen Volke dafür aufzuerlegenden Lasten ruhig abwägen wird. Der Weg einer Verständigung zwischen der Mehrheit unserer Volksvertretung und den verbündeten Regierungen wird nicht leicht zu finden sein. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Am 1. April 1894 läuft das Septennat ab; für die spätere Zeit muß auf alle Fälle eine neue gesetzliche Grundlage gelegt werden. Die Anlehnung der Deutschfreisinnigen durch linksliche Fraktionspolitik, die das Vorspiel der jetzigen Militärvorlage gebildet hat, bewirkt, zu wischen Segen für die inneren Zustände unseres Volkes es ist, daß solche Militärlasten auf längere Dauer in befriedigender Weise gelöst werden. Auch jetzt

---

Nachdruck verboten.

Cardinal Richelieu.

(† 4. Dezember 1642.)

Von **Karl Frenzel.**

Beinahe könnte man streiten, ob Armand du Plessis, der Cardinal Richelieu — der Name stammt von einer kleinen Besitzung der Familie in Poitou — mehr der Geschichte oder der Romantik angehört. Mindestens ist er durch die romantische Kunst in Bildern, Schauspielen und Erzählungen zu einer der bekanntesten und populärsten Gestalten der neueren Geschichte erhoben worden. Nicht im Sinne des Heiteren und Heldenhaften, wie sein Vorgänger in der Begründung der französischen Macht und Weltstellung, Heinrich IV., sondern in dem des Düsteren und Schrecklichen. Schon den Lebenden umwebte das Grauen. Die Sage hat sich ebenso an sein märchenhaftes Glück wie an die Furchtbarkeit, mit der er seine Feinde vernichtete, geheftet. Welch' ein Schauspiel war es für die Zeitgenossen, als der Gelähmte, dem Tode schon halb Verfallene, in Lyon den jungen schönen Cinq Mars mit seinem Freunde de Thou am 12. September 1642 hinrichten ließ, nachdem er den willenlosen schwachen Ludwig XIII., der selbst ein wissendes Mitglied der Verschwörung gegen seinen Minister gewesen war, zur Unterzeichnung des Todesurtheils gezwungen hatte. Unvergeßlich hatte sich dieser letzte Akt seines Lebens dem Gedächtniß Aller eingeprägt, die ihm näher oder ferner beigewohnt, und der Eindruck, den sie davon empfingen, hat sich wie durch eine Art Vererbung bis auf die späteste Nachwelt fortgepflanzt. Der Sterbende, der über die geheime Abneigung seines Königs triumphirend seine und des von ihm geschaffenen Staates Gegner zum Schaffote führt, ist wie der bezeichnendste Ausdruck seiner Persönlichkeit in der Erinnerung geblieben. Denn nicht sich, sondern nur Frankreich wollte er mit seiner unerbittlichen Strenge und seinen Gewaltmaßregeln gedient haben. Als ihn sein Beichtvater an seinem Todestage den 4. Dezember 1642 aufforderte, seinen Feinden zu vergeben, antwortete er: „Ich habe niemals andere Feinde gehabt, als die des Staates." So ganz und völlig fühlte er sich mit dem französischen Königthum verwachsen.

Schon sein Vater Franz du Plessis hatte in den Kämpfen des Königthums gegen die aufständischen Großen und die rebellische Stadt Paris auf Seiten der Fürsten Heinrich's III. und Heinrich's IV. gestanden. In diesen Gesinnungen war Armand aufgewachsen. Er war in Paris am 5. September 1585 geboren, der dritte Sohn einer wohlhabenden, aber nicht reichen Familie. Man bestimmte ihn zum Kriegsdienst und eifrig gab er sich allen Leibesübungen hin. Aber seine schwächliche Gesundheit und seine Heftigkeit, die oft in jähzornige Wuth ausbrach, schienen ihm im Soldatenstande ein vorzeitiges Ende zu weissagen. Als sein Bruder, der Bischof von Luçon, seiner Würde entsagte und sich in ein Kloster zurückzog, machte ihm Heinrich IV. Hoffnung auf das erledigte kleine Bisthum in der Landschaft Poitou. Rasch erwarb sich der Jüngling die nothwendigen theologischen Kenntnisse, mit zweiundzwanzig Jahren wurde er in Rom zum Bischof geweiht. Zu den zwei Naturen, die in ihm steckten, dem Soldaten und dem Priester, entwickelte sich, beide überragend, in den Wirren, die nach der Ermordung Heinrich's IV. Frankreich zerrütteten, die dritte des Staatsmanns. Der Priester, der ein Buch über das Wesen und die Pflichten des wahren Christen geschrieben, der Soldat, der später bei der Belagerung von La Rochelle, der starken Burg der Hugenotten, seinen strategischen Scharfblick zum Staunen der Feldhauptleute offenbaren sollte, traten vor dem Politiker zurück. Die Königin Maria Medicis zog ihn als Regentin Frankreichs für ihren unmündigen Sohn Ludwig XIII. in ihren Rath: bei der Ständeversammlung im Jahre 1614 war sie auf den gewandten, der Rede mächtigen Bischof aufmerksam geworden. Da sie ihn aus der Verborgenheit seines Bisthums in die Staatsgeschäfte und auf eine gewisse Höhe der Macht geführt hatte, hielt sie sich seiner Anhänglichkeit und Dankbarkeit auch versichert, als zwischen ihr und ihrem Sohn Zwistigkeiten sich einstellten, Händel in Waffen tobten. Sie bediente sich seiner als Vermittler, die Umgebung des Königs war damit einverstanden und der Geschicklichkeit des Bischofs gelang es, einen friedlichen Ausgleich zwischen Mutter und Sohn zu Stande zu bringen. So empfahl er sich dem Könige, trotz dessen Widerwillens gegen seine Person. Durch die Bemühungen seiner Gönnerin, die in ihrem Eifer für ihn nicht nachließ, kam er am 26. April 1624 in den Staatsrath. So sehr fürchteten der König und die übrigen Räthe seine geistige Ueberlegenheit, daß sie ihm eine Fessel anzulegen hofften, indem sie es zur Bedingung seines Eintritts machten, nur zu reden, wenn er um seine Meinung befragt würde. Aber die Lage Frankreichs war eine so bedrängte, der Mangel an hervorragenden Staatsmännern ein so großer, daß ein Genius wie der Armand's mit innerer Nothwendigkeit sich zum Herrn der Dinge aufschwingen mußte. Er war inzwischen zum Kardinal ernannt worden, wiederum auf Veranlassung der Königin-Mutter, die in der Erhebung ihres Schützlings eine Stütze ihres eigenen Ansehens sah, und nahm auch äußerlich durch seinen römischen Purpur den Vorrang unter seinen Kollegen ein.

Achtzehn Jahre hat Richelieu Frankreich der That nach wie ein unumschränkter König beherrscht. Er empfing es aus der schwachen Hand Ludwig XIII., von den Nachbarn bedroht und geringgeschätzt, im Innern zerrissen und friedlos, eine Beute der großen Adelsgeschlechter. Bei seinem Tode hinterließ er es gefürchtet, bereit seine Grenzen nach Norden und Osten auszudehnen, in dem stolzen Aufschwung, an Stelle Spaniens die erste Macht Europa's zu werden. Die zwei gefährlichsten Feinde der königlichen Macht und der Gesetze wie des allgemeinen Friedens im Lande, die Großen und die Hugenotten, waren besiegt und gedemüthigt. Durch die Parteiungen, von der Königin-Mutter und ihrem Anhang getragen, war Richelieu emporgekommen. Noch der Entschluß, ihn in seinen Rath aufzunehmen, war dem Könige abgenöthigt worden. Kaum aber hatte Richelieu das Steuerruder des Staates ergriffen, das ihm Keiner gönnte, das Alle ihm wieder zu entreißen sich bemühten, als er dem Fahrzeug die entgegengesetzte Richtung gab, aus der aristokratischen Strömung in die absolut monarchische. So viel er selbst auf seine Geburt, seine Stellung und seine Würde als Cardinal der katholischen Kirche hielt, so eifrig er ein großes Vermögen für seine Verwandten sammelte, vornehme Heirathen für sie schloß und der Familie Richelieu einen ersten Platz unter den Adelsgeschlechtern Frankreichs zu sichern suchte, hat es doch, wenn man auf den Grund der Dinge sieht, keinen schlimmeren Gegner und Schädiger des Adels gegeben, als ihn. Indem er ihm alle Ehrenvorrechte und Privilegien ließ, beraubte er ihn unerbittlich seiner politischen Macht und kriegerischen Wehrhaftigkeit.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818921125 1-12/fragment/page=0001

wieder ist der Reichstag berufen, eine Lösung für eine längere Zeitfrist zu suchen und zu verwirklichen, und wir zweifeln nicht, daß er zum Schirm des Friedens und zum Wohl des Vaterlandes eine befriedigende Lösung finden wird."

Als Gegenstück dazu entnehmen wir einem Leitartikel der Vossischen Zeitung: „Reformen in der Armee", diese Stelle:

Auf militärischem Gebiete hat Preußen verlernt, „an der Spitze der Civilisation zu marschiren". Die Verwaltung huldigt hier weniger dem religiösen Fortschritt, als dem Glauben an die Kraft dessen, was in der Vergangenheit genutzt oder wenigstens nicht geschadet hat. Nicht einmal der Helm kann beseitigt und die Uniform geändert werden, wie es das rauchschwache Pulver heute erfordert. Immer hört man den Einwand allen Freisinnigen, will sagen in den Verhältnissen begründeten Forderungen gegenüber, man dürfe an bewährten Einrichtungen, wie sie unter dem ersten Kaiser geschaffen haben, nicht rütteln noch ändern. Und doch braucht man sich nur die furchtbare Wirklichkeit vorzustellen, die durch eine Niederlage im nächsten Kriege über das Vaterland verhängt werden könnte, und alle jene Forderungen wären ohne Weiteres der Erfüllung sicher, ihre Erfüllung würde als eine Steigerung der Wehrkraft des Volkes gewissen. Soll es erst eines solchen traurigen Anreizes bedürfen, um Reformen zu erzwingen, die nicht nur in der Steigerung der Zahl bestehen? Wie der Verfassung auf Bildung des Heeres unter dem ersten Kaiser ist man nur zu leicht geneigt, des Wortes zu denken, das Königin Luise in Tilsit zu Napoleon gesprochen hat: „Der Ruhm des großen Friedrich hat uns vernichtet." Es ist an der Zeit, daß man aufhöre, den Ruhm Kaiser Wilhelm I. gegen dringende Reformen in der Armee auszuspielen. Dem Andenken des ersten Kaisers dient man am besten, wenn man nicht stillsteht, sondern den Forderungen der Zeit genügt."

Noch ein Rückblick auf den sozialdemokratischen Parteitag.

Der Parteitag, den die sozialdemokratische Partei Deutschlands vorige Woche in Berlin abgehalten hat, ist im Ganzen ruhiger verlaufen als seine Vorgänger, insbesondere der vorjährige, auf dem der Streit zwischen den „Alten" und den „Jungen" tobte. Nach dem Ausscheiden der Jungen, die sich inzwischen zu einer Partei der Unabhängigen zusammengethan haben, waren die Alten bei Mit ganz unter sich. Die Führer gaben sich Mühe, den sonst üblichen persönlichkeiten Zwist fern zu halten, was ihnen auch zu ziemlich gelang, da die Parteiereignisse des abgelaufenen Jahres nicht so viel schmutzige Wäsche geliefert hatten.

Zwar war im Sommer eine Fehde zwischen dem Münchener von Vollmar und dem Redakteur des Parteiorgans Vorwärts Liebknecht über die Doktrinrage ausgebrochen, ob der sogenannte Staatssozialismus milde oder scharf zu bekämpfen sei. Aber die beiden Gegner zogen es vor, sich vor dem Beginn der Verhandlungen auf dem Parteitage auf eine Resolution zu vereinigen, die jedem von beiden Recht giebt und für jeden dritten nichts weiter besagt, als daß Staatssozialismus was anderes ist als Sozialdemokratie.

Eine andere persönliche Angelegenheit betraf die Höhe des Gehalts, das Liebknecht als Redakteur bezieht. Genossen aus verschiedenen Städten fanden, daß ein Auskommen mit 2000 ℳ gar nicht proletarierhaft sei; sie wurden aber von den Führern belehrt, daß zu jedem Geschäft Erfahrung und Geschick gehöre, daß bei dem Lohne auch die Leistung in Betracht komme, daß geistige Arbeit und Handarbeit einer verschiedenen Einschätzung unterliegen, kurz, daß man nicht alles über einen Leisten schlagen könne. Das war ganz verständig, aber auch der reine „Bourgeois" standpunkt, einer Verletzung der Grundsätze allgemeiner Gleichheit, die im Zukunftsstaate gelten sollen. Die Sozialdemokraten könnten erwidern: Ja, wir leben noch nicht in unserer herrlichen Welt und müssen uns wohl oder übel den Einrichtungen der heutigen Gesellschaft fügen. Allein wenn sie der geistigen Arbeit einen gewissen Vorzug heute schon in ihrer Organisation einräumen und so den höheren Gewinn ihrer Unternehmer rechtfertigen, warum setzen sie dann die geistige Arbeit aller übrigen Unternehmer stets so maßlos herab? Jeder geistige Leiter eines Geschäfts wird als ein Ausbeuter ausgegeben, der sich vom Schweiße seiner Arbeiter mäste, und nur die schwielige Faust soll Werthe schaffen. Es hindert gar nichts, daß die Sozialdemokratie diese Theorie in ihre eigene Verwaltung einführe. Warum sie nur gebrauchen, um Neid und Mißgunst gegen Andere zu erregen, und sie verwerfen, wenn sich derselbe Neid und dieselbe Mißgunst gegen die Größen richtet, die an der „Vorkeilspitze" sitzen?

Im Uebrigen ist von den sachlichen Ergebnissen des Parteitages nur der Beschluß sehr bemerkenswerth, daß bei der nächsten Maifeier nicht mit allgemeiner Arbeitseinstellung „demonstrirt" werden soll. Man könne nicht mit dem Kopfe gegen die Wand: vor zwei Jahren habe nur ein kleiner Theil am 1. Mai gestreikt, im nächsten Jahre würde bei der mangelhaften Geschäftslage die Aufforderung zur Arbeitseinstellung erst recht Fiasko machen. Gewiß liegt darin ein gewisses Zurückweichen der Sozialdemokratie; aber doch nur kurze Zeit. Sie opfert damit nichts von ihren revolutionären Grundsätzen, und es wäre eine große Täuschung, zu glauben, daß sie, weil sie sich jetzt äußerlich ruhiger verhält, auch in ihren Gesinnungen zahmer geworden sei.

Zur gestrigen Reichstagssitzung.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags, deren Debattenbericht der Leser in dieser Morgenausgabe findet, kam zunächst die Interpellation des Abg. Petri wegen des scharfen Schusses eines Wachtpostens auf dem Münsterplatze in Straßburg zur Verhandlung. Abg. Petri sprach sein Bedauern darüber aus, daß dem vorjährigen Beschlusse des Reichstags noch keine Folge gegeben sei. Nach seiner Meinung seien scharfgeladene Waffen bei Schirmposten überhaupt nicht angebracht, und auch bei Sicherheitsposten könnten sie eingeschränkt werden. Er sprach die Zuversicht aus, daß die Regierung die erforderliche Abhülfe anordnen werde. Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau erklärte, daß schon vor dem Straßburger Falle Commissionen niedergesetzt seien zur Untersuchung der Frage, ob und wieweit die Civilposten eingezogen werden könnten. Soweit die Resultate bis jetzt zu übersehen seien, würde von den Civilbehörden auf die Militärposten ein großes Gewicht gelegt. Die Militärbehörde gehe indeß die Bemühungen, eine Einschränkung der Civilposten herbeizuführen, nicht auf. Was die Instruktion wegen des Waffengebrauchs anlange, so sei auch diese Frage erwogen; man habe sich aber überzeugt, daß die Bestimmungen durch Codification nur verschlechtert werden würden. Dagegen seien an die zuständigen Stellen Anweisungen ergangen, daß in belebten Straßen den Wachtposten der Gebrauch der Schußwaffe nicht mehr gestattet werde. Trotz dieser im letzten Satze bestehenden Erklärung ungerecht auf Antrag des Abg. Singer eine Besprechung der Interpellation erörtert. Abg. Singer rügte, daß diese Anordnung nicht früher getroffen sei und verlangte eine allgemeine Aufhebung der Instruktion. Staatssekretär v. Bötticher fand dem Vorredner gegenüber, daß die Debatte nach der Erklärung des Kriegsministers keinen Boden mehr habe. Abg. Gröber vom Centrum glaubte indeß die ministerielle Erklärung als genügend nicht anerkennen zu können. Der Fehler liege an den gesetzlichen Bestimmungen. Dem schloß sich Abgeordneter Eberty (freis.) an, während Abgeordneter Hartmann (kons.) in der Erklärung des Kriegsministers ein bedeutsames Ergebniß erblickte. Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abgeordneten Petri wurde die Debatte geschlossen. Der Gesetzentwurf, welcher die am 1. Dezember abklaufende Befugniß, die Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten zugestehen, welche einen Anspruch darauf nicht haben, wurde von dem Abg. v. Pfetten (Centr.) und v. Frege (kons.) mit zweifelnden Bemerkungen über die erwartete Wirkung der Handelsverträge begleitet. Man möge bei anderweiten Abschlüssen mit den gemachten Erfahrungen rechnen. Da Staatssekretär v. Marschall ausdrücklich erklärt hatte, daß es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf nur um Spanien und Rumänien handle; so unterbrach der Präsident den Abg. Graf Stolberg (kons.) als derselbe die Bedingungen eines Handelsvertrags mit Rußland erörtern wollte. Abg. Brömel (freis.) befürwortete die Vorlage, die alsdann nach Erledigung der ersten Berathung ohne Debatte in zweiter und nachher in einer besonderen Sitzung noch in dritter Lesung angenommen wurde. Es folgte die Berathung des Gesetzentwurfs über Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung. Abg. Adt (nat.-lib.) stimmte derselben zu, beantragte aber wegen gewisser Schwierigkeiten, wegen der in der Gewerbeordnung für Frauen und Kinder vorgeschriebenen Arbeitszeiten Verweisung an eine Commission. Nach einigen Ausführungen der Abg. v. Strumm (freikons.) und Möller (nat.-lib.) wurde dieser Antrag angenommen. (Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt mit der Tagesordnung: Erste Berathung des Reichshaushalts.)

Zur gestrigen Sitzung im Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhaus nahm gestern die erste Berathung des Ergänzungs- (Vermögenssteuer-) Gesetzes vor. Abg. Hammacher (Centr.) äußerte eine Reihe von Bedenken gegen die Vorlage, anstatt deren er lieber verstärkte Zuschläge zur Einkommensteuer wünschen würde. Abg. Höppner (kons.) sprach sich, vorbehaltlich mancher Bedenken im Einzelnen, zustimmend aus. Abg. Böttinger (nat.-lib.) erklärte sich gegen die Vorlage; eine solche Belastung unter den gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen sei nicht wünschenswerth und würde das Kapital in großem Umfang aus Preußen treiben; unannehmbar seien namentlich die beweislichen und lästigen Veranlagungs-Bestimmungen. Die Erbschaftssteuer sei entschieden vorzuziehen. Abg Brömel (freis.) bekämpfte in langen Ausführungen die Vermögenssteuer, ohne zu der vielerörterten Frage noch erheblich neues beibringen zu können. Wenn eine Ergänzungssteuer überhaupt nothwendig sei, so möge man sie lieber im Rahmen der Einkommensteuer suchen. Die gegenwärtig Wohlgesinnten seien namentlich gegen das Kapital sei ungerecht und der Culturmission des Staats nicht würdig. Geh. Rath Wallach widerlegte mit Zahlenangaben aus deutschen und ausländischen Staaten, daß in Preußen die Belastung mit directen Steuern besonders groß sei. Eine Dreitheilung im Rahmen der Einkommensteuer nach Arbeits-, gemischten und unfundirten Einkommen sei praktisch undurchführbar. Finanzminister Miquel wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Brömel und hoffte, in der Commission zu einem allseitigen Einverständniß zu gelangen. Er hielt die jetzt vorgeschlagene Art der Ergänzungssteuer noch immer für das Beste und sprach die Ueberzeugung aus, daß dies schließlich auch die Commission einsehen werde. Uebrigens sei ihm jede andere Ergänzungssteuer auch recht, wenn sie durchführbar sei, was er einstweilen bezweifele, und den Zweck, dem Staate den Ausfall sicher zu decken, erfülle. Abg. v. Cynern (nat.-lib.) kam auf die Thatsache zurück, daß nirgends in der Welt so große directe Steuern (in Staat und Commune zusammen von 12 bis 20 % und mit der Vermögenssteuer bis 25 %, in einzelnen Landesstheilen) gezahlt werden müßten, als in Preußen.

Zur Ergänzungssteuer kritisirte er scharf die vexatorischen Bestimmungen des Gesetzes bei der Einschätzung und Deklaration; er empfehle deshalb Einschätzung durch die Einkommensteuer-Commission, welche ja genügend Grundlagen habe. Ob Erbschaftssteuer oder Vermögenssteuer, sei in der Commission zu prüfen, und er behalte sich seine Entscheidung vor, ebenso auch über die Frage, ob überhaupt eine Ergänzungssteuer nothwendig sei. Geh. Rath Wallach suchte jene vielangefochtenen Bestimmungen zu rechtfertigen, versprach aber Entgegenkommen in der Commission, wenn sich wirklich unnöthige Härten im Gesetz vorfinden sollten. Die Staatsregierung müsse aber an gewissen Cautelen festhalten. Abg. Fuchs (Centr.) sprach sich im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen von Huene für Ueberweisung der Gewerbesteuer aus. Abg. Dr. Meyer (freis.) befürwortete Erleichterung der kleinen Einkommen und bekämpfte die Vermögenssteuer. Finanzminister Miquel erklärte, daß, wenn der ganze Reformplan will auch in irgend einer Form eine Erbschaftsteuer bewilligen müsse. Abg. Gerlich (freiconf.) sprach sich gegen den ganzen Reformplan aus, da er nicht agrarisch, sondern „urbarisch" sei. Finanzminister Miquel hat dem Redner entgegen und erklärte, daß er sich damit beruhigen könne, daß seine Reformpläne von der einen Seite als zu agrarisch, von der andern als zu urbarisch angegriffen würden und somit wohl das Richtige träfen. Damit war die Berathung über diese Vorlage beendigt. Am Freitag steht das Communalabgaben-Gesetz auf der Tagesordnung; der Debattenbericht von gestern liegt dem Leser in dieser Ausgabe vor.

Parlaments-Berichte.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung am 24. November 1892, 1 Uhr Nachmittags.

Vom Abg. Dr. Petri liegt folgende Interpellation betr. den Gebrauch der Schußwaffen seitens der Wachtposten vor.

Am 22. Oktober d. J. gerieth ein angetrunkener Arbeiter mit dem Militärposten vor dem Gebäude der Oberpostdirektion in Straßburg in einen Wortwechsel. Der Arbeiter wurde von dem Posten festgenommen und in das Schildberhaus geführt; er ergriff jedoch die Flucht, worauf der Posten einen scharfen Schuß auf ihn abfeuerte. Durch den Schuß wurde Niemand verletzt; bei dem lebhaften Verkehr, welcher an dieser Stelle herrscht, war durch diesen Schuß das Leben mehrerer Personen gefährdet. Angesichts dieser und ähnlicher Vorgänge erlaube ich mir, an den Herrn Reichskanzler die Frage zu richten, ob beabsichtigt der am 22. d. M. erlassenen Verfügung betreffend den Gebrauch der Schußwaffen seitens der Wachtposten Renderungen in Aussicht stehen, welche gewiesen sind, die Gefährdung des Lebens der Einwohner in wirksamer Weise vorzubeugen."

Abgg. Auer und Gen. beantragen den Reichskanzler zu ersuchen, die gegen Abg. Kunert (Soz.-Dem.) schwebenden Strafverfahren auf die Dauer der Session einstellen zu lassen.

Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau erklärt sich zur sofortigen Beantwortung obiger Interpellation bereit.

Abg. Dr. Petri giebt zunächst eine eingehende Darstellung des Vorganges vom 22. Oktober. Derselbe beweise abermals die Nothwendigkeit einer Aenderung der Vorschriften über den Gebrauch der Schußwaffen seitens der Wachtposten. Eine solche Aenderung, wie sie 1. Zt. vom Reichstage beantragt wurde, ließe sich sehr leicht durchführen. Man stelle die Posten nicht mit scharfen Patronen aus und vermindere die Zahl der Sicherheitsposten. Man könne auch verfügen, daß die Posten von der Schußwaffe nur Gebrauch machen dürfen, wenn sie thätlich angegriffen werden, oder wenn das Objekt, das sie bewachen sollen, der Gefahr der Zerstörung ausgesetzt ist.

Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau: Der Straßburger Fall habe der Militärverwaltung keine Veranlassung zu besonderen Maßregeln gegeben. Schon vorher seien an allen Garnisonorten gemischte Deputationen niedergesetzt worden, um zu prüfen, welche Posten eingezogen werden könnten. Soweit die Berichte der Kommission vorliegen, gehe hervor, daß die Zivilbehörden das größte Gewicht auf die Bewachung durch Militärposten legten. Die Militärverwaltung sei bestrebt, mit der Verminderung der Militärposten weiter zu gehen, es sei dies aber nur möglich, wenn die Civilverwaltungen andeweit Schutz erhielten. Auch die Abänderung der Vorschriften über den Waffengebrauch sei erwogen worden, man sei aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß jede Abänderung dieser Vorschriften nur zu einer Verschlechterung führen würde. Es sollte jetzt die Verfügung ergehen, daß die Posten in belebten Straßen nicht mehr mit Munition versehen würden. Abg. Singer (Soz.) bringt zunächst einen Fall aus Erfurt zur Sprache, wo Civilisten durch Offiziere gemißhandelt worden seien. Als die Civilisten beim Herannahen einer Patrouille gestohen seien, habe ein Offizier der Patrouille zugerufen: „Schießen! Schießen!" Glücklicherweise habe die Patrouille keine scharfen Patronen gehabt. Warum komme die vom Kriegsminister angekündigte Anordnung so spät? Redner beschwert sich auch darüber, daß die Eingabe der Berliner Gemeindeverwaltung wegen der Schießaffäre in der Wrangelstraße unbeantwortet geblieben sei.

Staatssekretär v. Bötticher: Es sei gewiß beklagenswerth, wenn Unschuldige durch den Gebrauch der Waffen seitens der Wachtposten verletzt würden; aber auch, wenn die Posten nicht mit Munition versehen seien, könnten Verwundungen vorkommen und auch der Vorredner würde gewiß nicht der Meinung sein, daß, wenn beispielsweise der gewaltsame Versuch gemacht wäre, ein Pulvermagazin in die Luft zu sprengen, der Posten ruhig dabeistehen solle. Die Eingabe der Stadt Berlin sei noch nicht beantwortet worden, weil die Untersuchung über den Fall in der Wrangelstraße noch nicht abgeschlossen sei.

Abg. Gröber (Ctr.) findet das Entgegenkommen der Militärverwaltung unzureichend, da zwischen belebten und unbelebten Straßen unterschieden werden solle. Das seien deplorable Begriffe. Er verlangt ein einheitliches Reichsgesetz zur Verhinderung der Schießaffaire.

Abg. Eberty (fr.) schließt sich dem letzten Verlangen an.

Abg. v. Hartmann (cons.): Die beklagten Fälle seien in volkreichen Städten vorgekommen, einer Wiederholung derselben werde durch die vom Kriegsminister angekündigte Anordnung vorgebeugt. Aber der Reichstag habe mehr verlangt; eine gesetzliche Regelung sei dringend erwünscht und werde namentlich im jetzigen Augenblick einen günstigen Eindruck machen.

Abg. Dr. Petri (ntl.) hätte es für richtiger gehalten, zu verfügen, daß die Wachtposten in den Städten überhaupt nicht mit Munition versehen werden. Auch er halte eine gesetzliche Regelung für unabweisbar.

Damit ist die Berathung der Interpellation erledigt.

Das Statts-Kontroll-Gesetz wird in der 1. und 2 Lesung behatten ohne Diskussion angenommen.

Es folgt 1. Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Abg. Frhr. v. Pfetten (Ctr.) hat ernste Bedenken gegen die von der Regierung verlangte Ermächtigung.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärt, daß die Befreiungen und Ermäßigungen nur denjenigen Staaten gegenüber in Anwendung kommen sollen, mit denen wir wegen Abschlusses von Handelsverträgen unterhandeln: Spanien und Rumänien.

Abg. Dr. Frege (kons.): Mit dieser Erklärung wären ernste Besorgnisse großer Kreise, welche berechtigte Interessen vertreten, unterdrückt. Hoffentlich komme man mit Spanien bald in einer von unserer Spritindustrie gewünschten Weise zum Abschluß. Von den goldverzinsenden Staaten Italien habe man noch keine Vortheile bemerkt. Der Vertrag mit Rumänien werde unserer Landwirthschaft Abbruch thun. Jedenfalls protestiere er dagegen, aus der Zustimmung zu diesen Verträgen ein Präjudiz für andere noch in der Luft schwebende Verhandlungen (mit Rußland) entnehmen zu wollen. Eine Förderung deutscher Exportinteressen nach etwaiger Ermäßigung der russischen Industriezölle ist fraglich, die Schädigung deutscher Interessen durch Concessionen unterweits dagegen sicher. Seine Freunde würden einer weiteren Verabmindernung des Schutzes der deutschen Landwirthschaft nicht zustimmen. (Bravo!)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (kons.): Einem Vertrage mit Rußland könnte er nur zustimmen, wenn derselbe wirklichen Nutzen für Deutschland bringe, obgleich er ja als Bewohner einer Ostprovinz den Wunsch habe, mit dem Nachbar auf gutem Fuße zu stehen.

Abg. Dr. Brömel (fr.): Die Vorlage erstrecke sich auf alle nicht meistbegünstigten Staaten, und er wolle die Regierung nicht beschränkt wissen in dem Rechte, von der Vollmacht den Gebrauch zu machen, den sie im wirthschaftlichen Interesse für nöthig halte.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Einführung von einheitlicher Zeitbestimmung.

Nach kurzer Debatte, in welcher Abg. Frhr. v. Stumm seinen früheren Widerspruch gegen die Einführung von einheitlicher Zeit aufgiebt, wird diese Vorlage an eine besondere Kommission verwiesen.

Zur 3. Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf die nicht meistbegünstigten Länder wird auf die Tagesordnung einer neuen auf 9 Uhr anberaumten Sitzung gesetzt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Zollvorlage in dritter Lesung endgültig angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 30. November, erste Berathung des Reichshaushaltsetats.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Plenar-Sitzung, Donnerstag, 24. November 1892. — 11 Uhr.

Das Haus tritt in die erste Lesung der Ergänzungssteuer-Vorlage ein.

Abg. Hammacher (Ctr.): Viele seiner Freunde hätten sich die neue Steuer-Reform doch anders vorgestellt, obwohl sie dem Grundgedanken der Reform zustimmten. Sie hätten auf eine Aufhebung der Grunds- und Gebäudesteuer und Deckung des Ausfalls aus den Erträgen der lex Huene gehofft. Um die Einkommensteuer frei zu machen für die ausschließliche Ausnützung durch den Staat sei allerdings eine Ergänzungssteuer nöthig, allein diese finde in der Form der Vermögenssteuer wenig Beifall, einmal wegen der rigorosen Veranlagung, dann aber auch wegen der zu niedrigen Vermögensgrenze, bei der die Besteuerung beginne. Wollte man eine Unterscheidung zwischen fundirten und unfundirten Vermögen machen, so hätte man nicht das fundirte höher, sondern das unfundirte niedriger besteuern sollen. Redner wünscht das Zustandekommen der Reform.

Abg. Höppner (kons.) betont die Nothwendigkeit einer Besteuerung derjenigen steuerkräftigen Elemente, die bei großem Besitz und Vermögen heute steuerfrei gelassen werden müßten, wenn sie auch zwei Jahre hindurch ein Einkommen aus demselben nicht haben hätten. Hiergegen eigne sich die Vermögenssteuer. Eine Ergänzung der Einkommensteuer hielten alle seine Freunde für nothwendig. Nur die Meinung über die Art der Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Besitz gehe auseinander. Während die Einen das fundirte Vermögen vorbesteuern wollten, hätten die Andern nur gegen den vorgeschlagenen Ermittelungs-Modus Bedenken. Im Allgemeinen richteten sich die Bedenken seiner Freunde gegen die Veranlagungs-Bestimmungen, doch hofften sie auf eine Einigung in der Commission und auf das Zustandekommen der Vorlage.

Abg. Böttinger (ntl.). Von einer Vermögenssteuer würden zahlreiche Kommunen schweren Schaden haben. Heute kämen zahlreiche Ausländer nach Deutschland, um hier die Erziehung ihrer Kinder zu vollenden. Die vexatorische Vermögenssteuer würde diese Leute nach der Schweiz und Italien treiben, die auf diesen Gebiete mit uns konkurriren, und auch einheimische vermögende Leute würden auswandern. Eine Erbschaftssteuer verdiene schon wegen ihrer nicht regelmäßigen Wiederkehr den Vorzug.

Abg. Brömel (dfr.). Bei Berathung der Einkommensteuer wäre die beste Gelegenheit gewesen, fundirtes und nicht fundirtes Vermögen in der Besteuerung zu unterscheiden. Jetzt bestehe gegen die weitere Reform bereits ein großes Mißtrauen, daß neue die Vermögenssteuer nicht mehr annehmen könnten. Es müsste die Gesetzgebung zunächst ein einfaches Steuersystem fehlen, allein bei der gegenwärtig am Ruder befindlichen Finanzkunst sei es bedenklich, diese Steuer zu empfehlen; denn sie würde sehr schnell neben der Vermögenssteuer als neue selbstständige Steuer erscheinen. Redner bittet, die Vorlage abzulehnen.

Regierungskommissar Geh. Rath Wallach: Eine Auswanderung der Kapitalien sei schon um deswillen nicht zu befürchten, weil die direkten Steuern in allen deutschen Staaten höher seien als in Preußen, nur in Bayern seien sie um ein Geringes niedriger. Eine höhere Besteuerung der größeren Vermögen sei durchaus gerechtfertigt, denn im Allgemeinen verzinsten sich die großen Vermögen in Deutschland höher als die kleineren.

Finanzminister Dr. Miquel: Es könne Niemand behaupten, daß in Preußen ohne Noth zu hohe Steuern erhoben würden. Jedenfalls sei die Thatsache unbestreitbar, daß die Deckung unserer Ausgaben zum überwiegenden Theil auf schwankenden Betriebseinnahmen beruhe. Wenn hier der Versuch gemacht würde, den Staat in seinen Einnahmen aus direkten Steuern sicher zu stellen, so könne der Regierung daraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. Auch die Kommission werde sich von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der geforderten Steuer überzeugen; ebenso sie er über auch bereit, andere, bessere Vorschläge zu prüfen. Die Behauptung, daß die kleineren Vermögen schwerer belastet würden, als die großen sei nicht richtig. Die Benutzung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gw:3:1-171133730-16872167818921125 1-12/fragment/page=0002

gegen die Ergänzungssteuer werde auch in der Bevölkerung überwunden werden; sie sei bei jeder neuen Steuer vorhanden.

Abg. v. Eynern (ntl.): Bezüglich der Kreis-Provinzial- und Gemeinde-Abgaben dürften die Steuern in Preußen, namentlich in den westlichen Provinzen, höher sein, als in jedem anderen Staat. Das neue Veranlagungsverfahren öffne der Willkür Thür und Thor. Mit ihm sei das Gesetz schlechterdings unannehmbar.

Reg.-Kommissar Wallach: In der Kommission werde sich über die Einzelheiten des Veranlagungsverfahrens in verhandeln lassen, nur werde es sich empfehlen, für Einkommensteuer und Ergänzungssteuer möglichst ein einheitliches Veranlagungsverfahren beizubehalten. Es könne ja vorkommen, daß eine Kommission trotz der Deklaration zu einer höheren Einschätzung komme. Aber das seien doch nur Ausnahmen. Ohne solche Befugniß sei ein gesundes Einschätzungsverfahren nicht durchführbar.

Abg. Fuchs (Ctr.) bekämpft den Gedanken, daß man von einer Ueberweisung der Gewerbe- und Bergwerksteuer an die Gemeinden abstehen könne. Dies, so erhalte die Reform einen ausgesprochenen agrarischen Charakter. Das ertragslose Vermögen solle man nicht besteuern, das bringe große Härten mit sich. Im Uebrigen steht Redner ganz auf dem Boden der Reform.

Abg. Brandenburg (Ctr.) erklärt sich als Gegner der Reform, nicht wegen des angestrebten Zieles, sondern wegen des eingeschlagenen Weges. Denn der rechtliche Charakter der Vermögenssteuer führe geradezu zur Vermögens-Konfiskation.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (dfr.). Die Vermögenssteuer sei im Grunde genommen nur eine abweichende Art der Einkommensteuer. Es ist kein gutes System, zwei Arten der Einkommensteuer neben einander bestehen zu lassen. Wir würden unsere ganze freie Zeit nächstens mit Steuer-Deklarationen ausfüllen. Die neue Vermögenssteuer, von deren Erträgen wir wahrscheinlich ebenso überrascht werden, wie von den Erträgen der Einkommensteuer, solle nur den Staatssäckel füllen.

Minister Dr. Miquel: Es habe bisher in den Gemeinden eine zu starke Heranziehung des Einkommens aus Arbeit und ähnlichem Erwerbe stattgefunden. Die beabsichtigte Erleichterung solle ja gerade unter Zuhilfenahme der Vermögenssteuer erfolgen. Verweigere man den Erlaß für die überwiegenden Gemeinden, so verhindere man das Zustandekommen der Reform.

Abg. Dr. Gerlich (frk) erklärt sich gegen die Vermögenssteuer, die eine echt sozialdemokratische Maßregel sei. Die Reform bringe neben vielem Wünschenswerthen doch auch viel Entbehrliches und Schädliches. Berlin brauche wahrlich nicht die Gebäudesteuer. Aehnliche unnöthige Zuwendungen würden vielfach auch bei anderen Städten vorkommen. Die Reform ist urbarisch.

Minister Dr. Miquel: Der Eine nenne die Reform agrarisch, der Andere nenne sie urbarisch. Es werde das Beste sein, die Herren miteinander streiten zu lassen und lächelnd zuzuhören.

Die Debatte wird geschlossen.

Die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung bleibt ausgesetzt bis nach der ersten Lesung des Kommunalsteuer-Gesetzes.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Kommunalsteuergesetz.

Politische Rundschau im Auslande.

Oesterreich Ungarn. „Allas Narodu" sieht in den gestrigen Reden des Prinzen Schwarzenberg und des Grafen Taaffe den kritischen Augenblick, welcher die Jungtschechen schleunigst zur Annäherung an andere Gruppen der Rechten drängen sollte. „Politik" sieht in der Rede des Prinzen Schwarzenberg die erste Kundgebung der Solidarität aller Böhmischen Parteien im Kampfe gegen die Anmaßung der Deutsch-Liberalen und in dem Zusammenwirken aller czechischen Parteien ein vielverheißendes Zeichen der Zukunft.

England. Selten ist eine Rede aus dem deutschen Reichstage von den Londoner Blättern so ausführlich gebracht worden wie diejenige des Grafen Caprivi. Das meiste Aufsehen erregen seine Ausführungen über die Emser Depesche. Alle Blätter erklären es für erfreulich, daß Deutschlands größter Ruhm, im Jahre 1870 zum Kriege gezwungen worden zu sein, gewahrt bleibe. Gegenüber der Militärvorlage nehmen die Blätter die Haltung ein, die Englands Interessen entspricht, und sprechen die Hoffnung aus, daß der Reichstag die Forderungen der Regierung bewilligen werde.

Frankreich. Die von der Kammer gewählte Panama-Untersuchungs-Kommission wählte Brisson zum Präsidenten. Man glaubt, die Kommission werde ihre Arbeiten in Wirklichkeit erst beginnen, wenn die Kammer über den Umfang der Vollmachten der Kommission berathen hat. Déroulède nahm seine Entlassung als Mitglied der Kommission; sein Nachfolger wird Montag ernannt. Mounet richtete ein Schreiben an den Präsidenten der Kommission, in dem er die Anschuldigung der Zeitung „Libre Parole" zurückweist und eine sofortige gerichtliche Untersuchung erbittet.

In der Kammer theilte Minister Burdeau die Nachricht von der Einnahme Abomeys mit und bezeichnete diese als einen entscheidenden Schlag, der das grausame, auf Sklaverei und Menschenopfer begründete Königreich Dahomey der Kultur eröffne. (Lebhafter Beifall.) Der Minister legte dann einen Gesetzentwurf betreffend die Ausprägung einer Dahomey-Denkmünze vor. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. — Der Senat beschloß einstimmig, den Expeditionskorps von Dahomey seine Glückwünsche darzubringen.

Die Rede Caprivis wird natürlich lebhaft in der gesammten Pariser Presse erörtert. Sie bemüht sich in oft geradezu lächerlicher Weise Frankreichs Friedensliebe zu betonen. Daß die deutsche Militärvorlage großes Unbehagen in ganz Frankreich hervorruft ist nur zu ersichtlich!

Rußland. Die Petersburger Presse bespricht die deutsche Thronrede ungünstig. Die „Nowoje Wremja" glaubt, aus dem Ton der Rede schließen zu müssen, daß der Kaiser ungern der Militärvorlage zugestimmt habe, (?) das Schicksal derselben erscheine zweifelhaft. Die „Nowosti" sagt, die Thronrede weise auf eine beunruhigende (?) Zukunft hin, und tröstet sich damit, daß Rußland und Frankreich untrennbar dastünden. (!) Die „Petersburgskija Wjedomosti" sieht den Moment des Triumphes der Schwarzröcke kommen, welche feitschend über die Schicksale des europäischen Friedens entschieden würden.

Italien. Die königlichen Erlasse, die vorbehaltlich ihrer späteren Genehmigung durch das Parlament den Zoll auf den Doppelcentner Rohzucker um 4 Lire erhöhen und der italienischen Depositenkasse die Zahlung der Beamtenpensionen übertragen, erzeugen einen überaus ungünstigen Eindruck. Eine Versammlung der ministeriellen Abgeordneten erließ für die Regierung recht unbefriedigend. In Ancona, wo die Schließung der Zuckerraffinerie bevorsteht, fanden Arbeiterkundgebungen statt.

Griechenland. Die Kammer wählte den Regierungscandidaten Boudouri mit 117 gegen 11 Stimmen, die auf Rali entfielen, zu ihrem Präsidenten. Die Delyannisten enthielten sich der Abstimmung.

Aus der Reichshauptstadt.

— Die Kaiserliche Familie wird, wie wir hören, Anfang Dezember ihren Wohnsitz vom Neuen Palais wieder nach dem Berliner Schlosse verlegen.

— Das Interesse der Kaiserin für die Weinert, das arme Opfer jenes Tischlergesellen, der im Parke von Sanssouci auf sie mehrere Schüsse abfeuerte, hat auf weitere Kreise anregend eingewirkt. Bekanntlich hatte die Kaiserin den Wunsch ausgedrückt, daß dem erblindeten Mädchen die Mittel gewährt würden, um ihm eine Existenz zu verschaffen. Jetzt haben sowohl die Regierung wie die städtischen Behörden von Potsdam die Summe von je 480 ℳ auf 4 Jahre bewilligt, damit die Unglückliche in der Blindenanstalt zu Steglitz in nutzbringenden Arbeiten ausgebildet werden kann.

— Der Trinkgeldboykott, der von der sozialdemokratischen Vereinigung der Kellner gegen ihre nichtsozialdemokratischen Berufsgenossen verübt worden war, ist in Folge des vom Vorsteige gefaßten Beschlusses jetzt aufgehoben worden.

— Ein kaiserliches Hochzeitsgeschenk. Am Donnerstag Mittag 1½ Uhr fand in der Wohnung des Generallieutenants a. D. von Lucadou die Vermählung seiner Tochter, Fräulein Hildegard von Lucadou, mit dem Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers, Major von Hülsen, statt. Das Hochzeitsgeschenk des Kaisers ist ein Meisterwerk der Königlichen Porzellanmanufaktur. Es besteht aus einem siebentheiligen Tafelaufsatz in Rokokostil und kann, außer im Ganzen, auch in seinen einzelnen Theilen angewandt werden. Der Untersatz zeigt bei reicher Vergoldung Blumenmalerei, in welcher Anemonen und Chrysanthemum bevorzugt sind. Die gleiche Verzierung und Malerei erstreckt sich auch auf die übrigen Theile des Aufsatzes. Auf dem Untersatze erhebt sich ein Aufbau von vier geschweiften Füßen, auf dem eine große ovale, am Rande vielfach gezackte und in 2 Henkel auslaufende Schale ruht. In die beiden Enden des Untersatzes fügt sich je ein solcher kleinerer in Gestalt einer Lyra ein, von denen jeder eine Konfektschale trägt. Die große mittlere Schale war bei der Ueberreichung mit blaßrosa und weißem Flieder gefüllt, während auf den Konfektschalen sich Myrthenzweige ausbreiten. Die Hochzeit wurde ohne jede größere Festlichkeit still im Familienkreise begangen.

Aus Nah und Fern.

Der frühere Polizeipräsident von Berlin Wirkliche Geheime Rath von Madai ist, wie wir schon im Depeschentheile der gestrigen Abendausgabe meldeten, in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in Homburg v. d. H. gestorben. Der Verewigte war am 1. Jan. 1810 zu Halle geboren, machte die gewöhnliche Karriere nach Ablauf seines juridischen Examens und wurde 1848 preußischer Landrath. Am 24. Juli 1866 wurde er Zivilkommissär der Stadt und des Gebietes von Frankfurt a. M. und am 12. August 1872 ernannte ihn Kaiser Wilhelm I., welcher dem Genannten persönlich besonders zugethan war, zum Polizeipräsidenten von Berlin, in welcher Eigenschaft er bis 19. Oktober 1885 wirkte. Um diese Zeit zwang ihn die zunehmende Körperschwäche, um seinen Abschied einzukommen, welcher ihm unter Verleihung des Titels eines Wirklichen Geheimen Raths ertheilt wurde. In der Berliner Gesellschaft war der Verblichene ungemein beliebt.

Unsere Schulen in Ostafrika. Der von der deutschen Kolonialgesellschaft unterstützte Lehrer Barth hat seinen Sitz in Tanga genommen. Es muß abgewartet werden, ob er bei der Eifersucht der arabischen und indischen Lehrer eine genügende Zahl von Schülern erhalten wird.

Im Kriegshafen von Toulon wurde vorgestern Abend zur Feier der Einnahme von Abomey illuminirt. Die öffentlichen Gebäude waren beflaggt und im Theater, wo die Militärposse „Les 28 jours de Clairette" gespielt wurde, bereitete das Publikum allen Uniformen einen lebhaften Empfang. Die Generalin Dodds, eine Senegalesin, bewohnt eine Villa in der Nähe von Toulon. Dort sprachen im Laufe des Tages der Maire Sauboe, der Unterpräfekt Verivier und viele Offiziere des 3. und 8. Marine-Infanterie-Regiments vor, um der Frau des glücklichen Feldherrn zu gratuliren.

Cholera berichte. Amsterdam, 24. November. (Eig. Drahtbericht.) Im Haag ist ein neuer Cholera-Todesfall vorgekommen. — Pest, 24. November. (Eig. Drahtbericht.) In den letzten 24 Stunden kamen hier 3 Cholera-Erkrankungen und 1 Todesfall vor. — Berlin, 24. November. Nach amtlicher Meldung des kaiserlichen Gesundheitsamts ist in der Zeit vom 22. bis 24. d. M., Mittags, bei einer Erkrankung in Demmin nachträglich Cholera festgestellt worden. — Belgrad, 24. November. (Eig. Drahtbericht.) Seit acht Tagen ist hier kein Cholerafall vorgekommen; das Barackenspital steht leer. — Petersburg, 24. November. (Eig. Drahtbericht.) Der amtliche Wochencholerabericht meldet eine starke Abnahme in den Städten und Provinzen, mit Ausnahme von Wodolien, wo von 9. bis 18. d. M. 1033 Personen an der Cholera erkrankten und 375 starben, und von Kiew, wo vom 14. bis 20. d. M. 599 Personen erkrankten und 168 starben. — Kulm, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Ursache des Ausbruches der Cholera in Kiewo ist ein Teich, aus dem 5 Familien ihren Wasserbedarf befriedigten. Im Wasser fand man Cholerakeime; der Teich wird zugeschüttet.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Nachdruck unserer Original-Correspondenzen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet.

= Biederitz, 24. Nov. (Fünf Kinder ertrunken.) Durch den Frost der letzten Tage hatte sich auf einem am Eisenbahndamm belegenen Teiche eine schwache Eisdecke gebildet, die am Dienstag in den späteren Nachmittagsstunden von einer größeren Anzahl Kinder betreten wurde. Unter der schweren Belastung brach die Eisdecke zusammen und die Kinder stürzten ins Wasser. Leider sind, wie die „Mgd. Ztg." erfährt, hierbei fünf Kinder ertrunken, darunter zwei eines Bahnwärters.

= Köln, 24. Nov. (Grundsteinlegung.) Gestern Mittag 1 Uhr fand bei schönem, wenn auch frostkrischem Herbstwetter auf dem mittellsten Strompfeiler, die Grundsteinlegung der Saalebrücke statt; Kanonendonner verkündete das Nahen der Vertreter der Staatsbehörden, die zu dem Festakte nach Köln gekommen, an der Spitze der königl. Regierungspräsident v. Diest. Baumeister Kniebahn verlas die Urkunde, die heute dem Baue einverleibt werden sollte, um späteren Geschlechtern von den Schicksalen der Brücke, ihrem Sturze und ihrer Wiederaufrichtung zu erzählen; als Dokumente der Gegenwart werden der Urkunde unter andern beigefügt: eine Schilderung der Ueberschwemmung, ein Führer und ein Adreßbuch von Köln, die gestrige Nummer des Naumburger Kreisblattes 2c. Der Regierungs-Präsident wendete sich an die Anwesenden, um zunächst allen, die den Bau der Brücke bisher gefördert, seinen Dank auszusprechen; er erinnerte daran, daß der 25. November 1890 eingestürzte Brücke der ältesten Brückenbau Deutschlands, ja vielleicht Europas gewesen sei; einer grauen Vorzeit entstammend, habe sein ehrwürdiges Gemäuer eine bunte, wechselvolle Geschichte erlebt, Heere vieler Nationen hätten sie brühend überschritten, Kugelspuren in den Häusern an der Brücke legten noch Zeugniß ab von den letzten Feinden, den Schaaren Napoleons, die nach der Schlacht bei Leipzig durch das Saalthal geflohen — ein Wunsch lage ihm noch am Herzen, daß unser junger, energischer Kaiser sich nach der Fertigstellung an dem schönen Bauwerke persönlich erfreuen möge. Ein dreifach donnerndes Hoch der Anwesenden bekräftigte diesen Wunsch.

M Letzlingen, 24. Nov. (Aufgehobene Jagd.) Die ursprünglich auf morgen früh angesetzte Kaiserjagd ist wegen der Erkältung Sr. Majestät, wie voraussusehen, um einige Tage verschoben worden.

* Leipzig, 24. November. (Schwurgericht.) Der vielfach vorbestrafte Handarbeiter Köhler zündete ohne jeden Grund am Abend des 3. Oktober in Bennewitz bei Wurzen eine Scheune an, die sammt Wagenremise und Pferdestall niederbrannte, so daß ein Schaden von 9000 ℳ entstand. Dann ging er nach dem ¼ Stunde gelegenen Grubnitz und brannte hier einen Strohdiemen im Werthe von 400 ℳ nieder und steckte schließlich auch noch auf Nischwitzer Flur einen Strohdiemen, der mit 465 ℳ versichert war, im Brand. Der Brandstifter wurde vom Schwurgericht zu 7 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Der vormalige hiesige Stadt-Steuereinnehmer Lohr hatte von 1887 bis 1892 14680 ℳ amtlich vereinnahmte Gelder unterschlagen und, um diese Unterschlagungen zu verbergen, die von ihm zu führenden Bücher gefälscht. Das Schwurgericht erkannte gegen Lohr unter Ausschluß mildernder Umstände auf 3 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrenverlust.

—e. Aus Anhalt, 24. November. (Ein neuer Vestalozziverein) wird in unserem Herzogthum Anhalt in's Leben gerufen werden. Um das lobenswerthe Project in Ausführung bringen zu können, soll zunächst ein Stammkapital aufgebracht werden. Da zu diesem Zwecke ein dreijähriger Zeitraum in Aussicht genommen, hofft man eine hinlängliche Summe flüssig zu machen. Mit dem 150. Geburtstage des großen Pädagogen Pestalozzi, der im Jahre 1896 stattfinden wird, soll der Verein in Kraft treten.

* Cassel, 24. November. (Verbrannt.) Dieser Tage ereignete sich in dem Dorfe Bernsdorf ein Unglücksfall, der wieder einmal zeigt, daß man beim Gebrauch von Petroleumlampen nicht vorsichtig genug sein kann. Der dort stationirte Förster Fuchs war Abends mit seinem Sohne ins Dorf gegangen, um einer Gesangsübung beizuwohnen. Inzwischen blieb die Ehefrau des Försters allein in der einsam liegenden Wohnung. Als Vater und Sohn heimkehrten, fanden sie die Frau durch Brandwunden zur Unkenntlichkeit entstellt im Bette liegen, während die Reste der verbrannten Kleidung am Boden verstreut waren. Die Unglückliche hatte zwar noch die Besinnung, konnte aber das Unglück keine verständliche Auskunft mehr geben. Vermuthlich hat eine Explosion der Petroleumlampe stattgefunden, deren Inhalt sich über die Frau ergeß, sodaß sie sich allein nicht zu helfen vermochte. Obgleich jetzt sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt wurde, starb die Frau anderen Tages unter unsäglichen Schmerzen.

= Nörda, 24. Novbr. (Ein gräßliche That) ist, wie das „Dra Tabl" mittheilt, heute Morgen gegen ½8 Uhr zwischen Zwenkau und dem Dorfe Zeschwitz verübt worden. Die in Groitzsch wohnhafte Handelsfrau Kaiser, welche den 7 Uhr 5 Min. in Zwenkau eintreffenden Zug benutzt hatte, war im Begriff ihre Waare in der Umgegend von Nötha zu verkaufen, wurde aber an der am Wege stehenden Pappel angefallen und durch Messerstiche getödtet. Die linke Seite des Halses weist eine klaffende Wunde auf, welche unbedingt tödtlich gewesen ist. Außerdem sind die Hände, wahrscheinlich indem sie sich wehrte, zerschnitten worden. Der Leichnam wurde von einem Steuer-Controleur aufgefunden, welcher in Zeschwitz Anzeige erstattete. Nachdem von Seiten des Amtsgerichts Zwenkau der Thatbestand aufgenommen war, wurde der Leichnam ins Armenhaus zu Zeschwitz gebracht. Gegen Mittag traf der Staatsanwalt ein. Die Nachforschungen nach dem ruchlosen Thäter wurden sofort aufgenommen.

□ Nordhausen, 24. Nov. (Stadtverordnetenwahl.) In der gestrigen Wahl der 2. Wählerabtheilung wurden zu Stadtverordneten auf 6 Jahre wiedergewählt die fünf Candidaten der liberalen Partei: Brauereibesitzer Hermann Weber, Brennereibesitzer Franz Willecke, Kaufmann Richard Wiese, Brennereibesitzer Goffel und Kaufmann Richard Lieberkühn.

Ꝑ Altenburg, 24. Nov. (Vom Hofe.) Vorgestern traf die Königin Marie von Hannover mit der Prinzessin Mary hier ein. Der Herzog war ihnen bis Reichenbach entgegengefahren. Gestern ist auch die Großherzogin von Oldenburg, heute die Großfürstin Alexandra mit ihrer Tochter, der Großfürstin Wjera, hierselbst angekommen.

Personalien.

— Dem Kammerherrn und Schloßhauptmann von Merseburg, Rittmeister a. D. Grafen von Hohenthal auf Dölkau im Kr. Merseburg, ist der Kronenorden 3. Kl. verliehen worden.

— Der bisherige Seminardirektor Dr. Ernst in Oberehnheim ist zum Kaiserl. Regierungs- und Schulrath ernannt und ihm die Stelle eines solchen beim Bezirkspräsidium in Metz übertragen worden.

Neueste Drahtberichte und Fernsprechnachrichten.

Berlin, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Kaiserin Friedrich, die bekanntlich einst Schülerin des verstorbenen Chemikers A. W. v. Hoffmann war, hat das Protektorat über das dem Andenken dieses Forschers zu weihende Hoffmann-Haus übernommen.

Berlin, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Abtheilungen des Reichstages haben zu Vorsitzenden gewählt Lieber, Wendt, Bennigsen, Bamberger, Ackermann, Rickert, Radziwill.

Berlin, 25. November. Dem Lokalanzeiger wird aus Straßburg (Elsaß) vom 23. d. M. geschrieben: „Seit einigen Tagen tritt das Gerücht mit einer gewissen Bestimmtheit auf, der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, v. Puttkamer, werde in nächster Zeit zurücktreten.

Wien, 25. November. (Eig. Drahtbericht.) In deutsch-liberalen Abgeordnetenkreisen tritt mit großer Bestimmtheit das Gerücht auf, daß der Austritt des deutschen Landsmannministers Graf Kühnburg aus dem Kabinett nahe bevorstehe. Ein weiteres Gerücht behauptet, falls die deutsche Linke in die Opposition gehe, werde der Reichstag aufgelöst werden. Letzteres ist indeß ganz unbeglaubigt.

Wien 24. Novbr. Ein heute erschienener Hirtenbrief des österreichischen Episkopats betrifft lediglich das Bischofsjubiläum des Papstes und läßt die Politik vollständig unberührt.

Rom, 24. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Tod des schwer erkrankten Marineministers Fainddom wird im Laufe der heutigen Nacht befürchtet.

Magdeburger Börse vom 24. November 1892.

Reichs-Anleihe	4		—	—
Magdeburger Stadt-Obligationen	4		3½	97,25 ⊕
Chemische Fabrik Aschersleben-Obligationen	4		5	—
Dessauer Gas-Obligationen	4		4½	—
		Div. in % 1890	St 1891	
Magdeburger Allgem. Versich.-Gesellschafts-Act. v. St. à 500 Mk. vollbezahlt	4	30	—	— —
do. Feuerversich.-Actien v. St. à 3000 Mk. mit 20% Einzahlung	4	206	202	— —
do. Hagelversich.-Actien v. St. à 1500 Mk. mit 33 % Einzahlung	4	32	—	— —
do. Lebens-Versich.-Actien v. St. à 1500 Mk. mit 33 % Einzahlung	4	26	—	— —
do. Rück-Versich.-Actien per St. à 300 Mk. vollbezahlt	4	45	45	— —
		Div. in % 89/90	in % 90/91	
Actien-Brauerei Neustadt-Magdeburg	4	7	8	— —
Carolinen, consolidirte Bergwerks-Actien	4	6	6	— —
Chemischer Fabrik Buckau-Actien	4	3	3	— —
Dessauer Gas-Actien	4	10	10	— —
Eisengießerei und Maschinen-Fabrik Aleb. Beyer, Mitschke-Söhlde-Actien	4	5	—	— —
Fabrik Chemischer Producte	4	3	3	— —
Krpp., vorm. Fabrik St.-Actien	4	2½	—	77,50 ⊕
Magdeburger Allgemeine Gas-Actien	4	4½	4½	— —
do. Bankverein-Actien	4	6	6	109,00 ⊕
do. Bau- und Creditbank-Actien	4	8	2	— —
do. Bergwerks-Actien	4	23½	33	— —
do. Chemischer Werke-Act.	4	25½	25	— —
do. Privatbank-Actien	4	6½	4	101,75 ⊕
do. Strassenbahn-Actien	4	9	8	— —
Marie consolidirte Bergwerks-Actien	4	2½	—	— —
Maschinen-Fabrik Buckau-Actien	4	2½	—	— —
Sächs. Thür. Braunkohlen-Berwerks-Actien	4	8	10	— —
do. do. Stamm-Prior.-Act.	4	9	10	— —
Emdenburger Maschinenfabrik-Aktien	4	20	24	— —
Magdeburger Zuckerraffinerie Stamm-Actien	4	2	—	— —
do. do. Stamm-Prior.	4	3	—	— —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818921125 1-12/fragment/page=0003

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.				Fall	Wasser
Halle	24. Nov.	+ 1,60	25. Nov.	+ 1,50	—
Trotha	„	+ 1,18	„	+ 1,18	—
Straußfurt	„	+ 0,70	„	+ 0,75	— 0,05
Alsleben	23. Nov.	+ 0,85	24. Nov.	+ 0,82	0,03
Elbe.					
Aussig	23. Nov.	— 0,31	24. Nov.	— 0,29	— 0,02
Dresden	„	— 1,30	„	— 1,33	0,03
Wittenberg	„	+ 1,03	„	+ 0,96	0,04
Magdeburg	„	+ 0,86	„	+ 0,84	0,02
Barby	„	+ 0,58	„	+ 0,56	0,02
Calbe	„	+ 0,68	„	+ 0,64	0,04

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

Berlin, 21. November. Die seinen ausländischen Berichte waren nicht dazu angetan, den heutigen Markt der ihn seit langer anhaltenden gleichmäßigen Tendenz zu entreißen. Preise reißen unter dem Uebergewicht des Angebotes in so langsamen Abstufung fort bei gleichzeitig verminderten Angebot inländischen Getreides. Weizen fand heute am Markte zu Preisen weit unter alle an Mühlen zu Zahn und zur Beladung Nehmer zu ungesähr Terminpreisen und wenig darüber. Termine waren angesichts der Sonnebrate an den Feiertagen und im Anschluß an die billigeren Auslandspreise für Dezember 1 Mk. für April-Mai 2,25 Mk. niedriger. Roggen stille und ruhiges Angebot ab Bahn, dagegen um kräftigeres auf Abladung Plätze und Weiterwärts, dem gegenüber sich Mühlen zurückhaltend zeigten, jedoch Roggen bei reichlicher offerten, bis 1 Mk. unter Novbr.-Dezbr.-Preis zu haben kaufen. Termine nahmen in Glattstellungen und auf Lebratgaben für Novbr.-Dezbr 1/2—3/4 Mk. für April-Mai 1 Mk niedriger. Gerste still. Hafer in loco mit über Bedarf angebotenen Zufuhr ungefähr Notiz 2—4 Mk. niedriger. Mais fest. Mehl flau und niedriger. Rüböl sehr still. Spiritus hatte kleinen Handel zu unveränderten festigen Notierungen.

Berlin, 24. November. Weizen mit Bezugnahme von Neuhuvieren pro 1000 Kilogr. loco Mk. Termine Ruhe, gestundet 150 Tonnen, Kündigungspreis 152,5 Mk. bez. loco 146—156 Mk. nach Qualität, Lieferungsqualität 152 Mk. bez. Durchschnittspreis — Mk. per diesen Monat und per Nov.-Dezember 151,75—152,25 Mk. bez. per Dezember-Januar — Mk. bez., per Januar-Februar — Mk. bez., per April-Mai 155—154—154,25 Mk. bez., per Mai-Juni — Mk. bez.

Roggen per 1000 Kilogr. loco wenig belebt, Termine flau, gestundet 150 Tonnen, Kündigungspreis 134 Mk. bez., loco 128—137 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 130 Mk. bez., inländischer guter 132—133,5 Mk. bez. (Mk. geringerer 131 Mk. bez., Durchschnittspreis — Mk. bez., per diesen Monat — Mk. bez., per November-Dezember 131,25—131,75 Mk. bez., per Dezember-Januar — Mk. bez., per Januar-Februar — Mk. bez., per März-April — Mk. bez., per April-Mai 134,— — 134,5—134 Mk. bez., per Mai-Juni 135,5—135,75—135 Mk. bez., per Juni-Juli 136,5 Mk. bez.

Gerste per 1000 Kilogr. loco schwerer verkäuflich, große und kleine 140—170 Mk. nach Qualität bez., Futtergerste 120—1 Mk. nach Qualität bez.

Hafer per 1000 Kilogr. loco geringere Qualitäten schwerer verkäuflich, spätere Termine niedriger, gestundet 150 Tonnen, Kündigungspreis 135,5 Mk. bez., loco 137—100 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 135 Mk. bez., pommerscher mittel bis guter 138—142 Mk. bez., feiner 144—147 Mk. bez., schlesischer mittel bis guter 138—142 Mk. bez., feiner 143—147 Mk. bez., holsteinischer mittel bis guter 135—139 Mk. bez., feiner 144—145 Mk. bez., Durchschnittspreis — Mk. bez. für diesen Monat 133,75—133,5 Mk. bez., per November-Dezbr. 140,25—140,5—140,25 Mk. bez., per Dezember-Januar — Mk. bez., per April-Mai 136,75—137,5 Mk. bez., per Mai-Juni — Mk. bez.

Magdeburg, 24. November. (Gebrüder Friebeberg.) Landweizen 155—158 Mk., Weizenmehl 152—158 Mk. bez., glatter englischer Weizen 140—149 Mk., Roggenmehl 144—149 Mk., fremdländischer — Mk., Roggen 135—139 Mk., Chevalier-gerste 138—150 Mk., Kanbergerste 148—158 Mk., Hafer 148—152 Mk. für 1000 Kilogr.

Breslau, 24. November. Roggen per November 131,00 Mk., per November-Dezember 124,00 Mk., per April-Mai 133,00 Mk.

Stettin, 24. November. Weizen matt, loco 146—148, per November 148,50, per April-Mai 1 3,0, — Roggen niedriger, loco 115—1 9, per Novbr. 129,00, per April-Mai 1 3,00. — Pommerscher Hafer neuer loco 131—139.

Köln, 24. November. Weizen hiesiger loco 16,25, fremder loco 17,00, per November 16,10, per März 16,35. — Roggen hiesiger loco 1 ,25, fremder loco 6,75, per November 14,60, per März 14,45. — Hafer hiesiger loco 15,75, fremder —.

Mannheim, 24. November. Weizen per November 16,30, per März 16,70, per Mai 17,05. — Roggen per November 14,50, per März 14,95, per Mai 14,70. — Hafer per November 14,00, per März 14,45, per Mai 14,75.

Hamburg, 24. November. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 150 bis 158 Mk. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 136—140, russischer loco ruhig, Transito 114—115. — Hafer ruhig, Gerste ruhig.

Wien, 24. November. Weizen per Frühjahr 7,68 Gd., 7,71 Br. — Roggen per Frühjahr 6,68 Gd., 6,71 Br. — Hafer per Frühjahr 5,92 Gd. 5,95 Br.

Pest, 24. November. Weizen loco unverändert, per Frühjahr 7,51 Gd., 7,53 Br., per April-Mai 7,56 Gd., 7,57 Br. — Hafer per Frühjahr 5,53 Gd., 5,55 Br.

Paris, 24. November. (Anfangsbericht.) Weizen matt, per November 21,30, per Dezember 21,40, per Januar-April 22,10, per März-Juni 22,50. — Roggen ruhig, per November 15,90, per März-Juni 14,60.

Paris, 24. November. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per November 21,30, per Dezember 21,50, per Januar-April 22,10, per März-Juni 22,40. — Roggen ruhig, per November 15,90, per März-Juni 14,60.

Amsterdam, 24. November. Weizen per November —, per März 173. — Roggen per März 124, per Mai 124.

Antwerpen, 24. November. Weizen schwach. — Roggen ½ niedriger. — Hafer unverändert. — Gerste schwach.

New-York, 23. November. Weizen Winterweizen loco 76½. Getreidefracht 11½. — Rohter Weizen per November 75¾, per Dezember 76½, per Januar 77⅝, per Mai 83.

Zucker.

Magdeburger Börse.

I. Preise für gestiebene Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	23. November.	24. November.
Brodraffinade I.	28.— — M.	28.— — M.
Brodraffinade II.	27,75 — M.	27,75 — — M.
Gem. Raffinade	27,50—26,25 M.	27,50—26,25 M.
Gem. Melis I.	26,25—26,00 M.	26,25 — M.
Krystallzucker I.	—,—— M.	—,—— M.
Krystallzucker II.	—,—— M.	—,—— M.

Tendenz am 24. November: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	23. November.	24. November.
Granulirter Zucker	—,—— M.	—,—— M.
Korns.Rend. 92%	14,45—14,60 M.	14,40—14,60 M.
Korns.Rend. 88%	13,80 14,— M.	13,75—13,95 M.
Nachpr. Rend. 75%	11,— — 11,90 M.	11,—11,50 M.

Tendenz am 24. November: Matt.

II. Terminpreise.

abgleich Eisenverwiegung.

A. Rohzucker, Verbrauchsabgabe 88 Procent

a. frei an Bord Hamburg.

Notizen

b. frei an Bord Hamburg

November —,— bez., 13,80 Br., 13,70 Gd.
September 13,87—13,9 bez., 13,93 Br., 13,80 Gd.
Januar 14,02—13,97 bez., 14, Br., 14,07 Gd.
Januar-März —,— bez., 14,15 Br., 14,10 Gd.
Februar 14,— bez., 14,15 Br., 14,10 Gd.
März 14,25—14,35 bez., 14,25 Br., 14,22 Gd.
April —,— bez., 14,35 Br., 14,30 Gd.
April-Mai —,— bez., 14,42 Br., 14,35 Gd.
Mai —,— bez., 14,4 Br., 14,40 Gd.

Tendenz: Flau.

B. Granulirter Zucker.

frei an Bord Hamburg.

Die Notierungen der Kaufmannschaft.

Hamburg, 24. November. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 Proz. Rendement neue Ernte frei an Bord Hamburg per November 13,75, per Dezember 13,82, per März 14,20, per Mai 14,37. Ruhig.

Hamburg, 24. November. (Telegramm.) (Schlußbericht.) Rohzucker 88 Procent ruhig, loco 38. — a — —. Weißer Zucker ruhig. Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 30,87, per Dezember 40,12, per Januar-April 40,87, per März-Juni 41,37.

London, 21. November. (Telegramm.) 96 Procent Javazucker loco 16 ruhig. Rüben-Rohzucker loco 13 ruhig.

Kaffee.

Havre, 24. November (Telegramm von Pelmann, Ziegler und Co.) Kaffe in New-York schloß mit 10 Points Gulden.

Havre, 24. November. Kommissionsgeschäft 10 auf 30 Millionen. Telegramm von Pelmann, Ziegler u. Co. Kaffee good average Santos per Dezember 60,2, per März 60,— per Mai 59,25. Fest.

Hamburg, 24. November. (Nachmittags.) Good average Santos per Dezemb. 79, per März 77, per Mai 75, per September 76. Lebhaft.

Amsterdam, 24. November. (Telegramm.) Java-Kaffe good ordinary 57.

New-York, 23. November. (Telegramm.) Kaffe Rio Nr. 7 low ordinary per Dezember 16,00, per Februar 16,15.

Petroleum.

Berlin, 24. November. Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posen von 100 Ctr. Termine — Gekündigt — ztr. Kündigungspreis — Mk. loco — Mk. Kündigungsschein — Mk. Durchschnittspreis — Mk.

Stettin, 24. November. Petroleum loco 10,10.

Bremen, 24. November. Raffinirtes Petroleum ruhig, loco 5,60 Br.

Antwerpen, 24. November. (Telegr. Schlußbericht.) Petroleum raffinirtes, Type weiß, loco 15 bez. 13 Br., per November — bez., 13 Br., per Dezember — bez., 13 Br., per Januar-März — bez., 13 Br. Ruhig.

Hamburg, 24. November. Petroleum matt, Standard white loco 5,40 Br. per Dezember 5,30 Br.

New-York, 23. November. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum Standard white in New-York 6,50 Gd., do. Standard white in Philadelphia 5,75 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,50 bo. Pipeline Certificates per Dezember 82. Stetig.

Spiritus.

Berlin, 24. November. Spiritus mit 50 Mark Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proc. = 10000 Proc. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mk. loco mit Faß — per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 Mark Verbrauchsabgabe. Termine Fehlpunkt. Gekündigt 40 000 Liter. Kündigungspreis 32,5 Mk. bez., per diesen Monat, per November-Dezember und per Dezember-Januar 30,8 30,7—30,8 bez., per Januar-Februar 1890 — bez., per März-April — bez., per April-Mai 32,4 bez., per Mai-Juni 32,6—32,7 bez., per Juni-Juli 33,3 33,2 bez., per Juli-August 33,6—33,7 bez., per August-September 34,1 bez.

Stettin, 24. November. Spiritus loco flau, ohne 50 Mark Konsumsteuer —, mit 70 Mark Konsumsteuer 30,90, per November 30,50, per April-Mai 31,50.

Posen, 24. November. Spiritus loco ohne Faß (40er) 48,60 bo. loco ohne Faß (70er) 29,10. Matt.

Breslau, 25. November. Spiritus per 100 Liter 100 Procent ezcl. 50 Mark Verbrauchsabgaben per November 48,40, bo. bo. 70 Mark Verbrauchsabgaben per November 29,40, bo. bo. per November-Dezemb. 29,40, bo. bo. per April-Mai 30,60.

Hamburg, 24. Nov. Spiritus loco fest pfl. per November 21 Br., per November-Dezember 21 Br., per Dezember-Januar 24 Br., per April-Mai 21 Br.

Stettin, 24. November. Spiritus loco flau, ohne 50 Mark Konsumsteuer —, mit 70 Mark Konsumsteuer 30,90, per November 30,50, per April-Mai 31,50.

Posen, 24. November. Spiritus loco ohne Faß (40er) 48,60 bo. loco ohne Faß (70er) 29,10. Matt.

Breslau, 25. November. Spiritus per 100 Liter 100 Procent exc